

Harte Schule



SUSANNE WIESINGER
schule@kronenzeitung.at

Maulkorb

„Kennst du diese Lehrerin, die eine Burka geschenkt bekommen hat? Stimmt das?“ Meine Nachbarin wollte Genaueres über jene Volksschullehrerin erfahren, die in einem „Krone“-Interview von Problemen mit muslimischen Schülern erzählte. Mehr als in den Berichten stand, weiß ich aber auch nicht. Über etwas konnte ich die Nachbarin zumindest informieren: Der Presserat hat den Vorwurf, das Ganze wäre eine Erfindung der „Krone“ gewesen, zurückgewiesen.

Meiner Nachbarin genügte das nicht, sie wollte wissen, warum alle Lehrer in Interviews anonym bleiben. Eine wissenschaftliche Untersuchung ist mir dazu nicht bekannt. Ich beantwortete die Frage also aufgrund meiner täglichen Erfahrungen. Selbst wenn es von Vorgesetzten anders dargestellt wird: Unangenehme Konsequenzen, wie zum Beispiel Strafversetzungen, halten Lehrer davon ab, Probleme öffentlich zu machen. Viele fürchten, danach auf Ablehnung zu stoßen. Ganz rasch steht man nämlich im islamophoben rechten Eck.

Weshalb Lehrer schweigen oder anonym berichten, hat jedoch einen Grund, der mir inzwischen am stärksten zu sein scheint: Angst vor Rache! Und zwar von Seiten verärgelter Community-Mitglieder. Wer in den Verdacht kommt, den Islam zu beleidigen, hat mitunter sogar körperliche Angriffe zu befürchten.

Wer setzt sich schon freiwillig einer Gefahr aus? Wahrscheinlich ist es tatsächlich klüger, anonym zu bleiben. Mutig ist es halt nicht.



Ohne Böden ist gibt es keine landwirtschaftliche Versorgung.

Foto: Diermar Stijlowski

Grüne empfehlen Diät bei Bodenfraß

Eva Hammerer und Bernie Weber präsentierten am Donnerstag einen Maßnahmenkatalog zum Thema Bodenschutz. Damit wollen sie Ackerflächen, Klima und nicht zuletzt die Bevölkerung schützen.

Jeden Tag wird in Vorarlberg, wo Boden ohnehin ein knappes Gut ist, die Fläche von rund fünf Fußballfeldern verbaut. Für die Grünen ist das viel zu viel: „Wir haben lange genug dabei zugeschaut, wie immer noch mehr Wiesen und Äcker zubetoniert werden. Wir brauchen jetzt eine Strategie, wie wir mit der begrenzten Ressource Boden umgehen und damit unsere Lebensgrundlage auch für künftige Generationen schützen“, erklärten Eva Hammerer, Klubobfrau und Landessprecherin der Grünen, und Bernie Weber, Sprecher für Raumplanung und Wirtschaft, am

5000 QUADRATMETER wurden in Vorarlberg von 2019 bis 2021 im Schnitt täglich in Anspruch genommen. Die Grünen wollen dieser Entwicklung mit einer Bodenschutzstrategie Einhalt gebieten.

Donnerstag. Oberste Priorität hat für Hammerer und Weber der Erhalt von landwirtschaftlicher Fläche. Zu diesem Zweck haben die beiden nun einen Maßnahmenkatalog ausgearbeitet und präsentiert.

So plädieren die Grünen etwa dafür, bereits gewidme-

„Wir haben lange genug dabei zugeschaut, wie immer noch mehr Wiesen und Äcker zubetoniert werden.“

Eva Hammerer, Grüne



Foto: Mathis Fotografie

te Fläche zu verbauen, anstatt noch mehr Bauland anzuhäufen und zu horten – immerhin ist ein Drittel der bereits gewidmeten Baugründe noch unbebaut. „Machen wir weiter wie bisher, verlieren wir in Vorarlberg in 14 Jahren eine Fläche, die der gesamten

Ackerfläche Vorarlbergs entspricht. Dann wird es keine Kartoffeln mehr aus Vorarlberg und keine Ländle Kalbsbratwurst mehr geben“, ergänzt Hammerer. Deswegen fordert sie die Sicherung hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen.

Als wesentliche Ursachen für den Flächenverbrauch machen die Grünen die Zersiedelung und den Verkehr aus. Deshalb steht für Hammerer und Weber fest, dass es eine Nachverdichtung des innerörtlichen Raums braucht. Nur so könne eine weitere räumliche Ausdehnung der Gemeinden vermieden und gleichzeitig mehr Wohnraum geschaffen werden.

Zudem ist für die Grünen klar, dass die Zeit der Einkaufszentren auf der grünen Wiese ein für allemal vorbei ist. Stattdessen müsse in die Revitalisie-

rung der Ortskerne investiert werden: „Davon profitieren nicht nur die Geschäfte in den Zentren, sondern auch die Bewohner und Bewohnerinnen. Sie genießen einerseits ein attraktives und lebendiges Dorfzentrum und andererseits unberührte Natur als Erholungsraum direkt vor ihrer Haustür.“

Einführung einer Grünflächenzahl

Neben dem Schutz von gesundem Boden wollen die Grünen auch Lebensräume wiederherstellen und Beton aufbrechen. Zu diesem Zweck soll Versiegelung meldepflichtig werden und eine sogenannte Grünflächenzahl eingeführt werden. Letztere garantiert, dass zukünftige Bauprojekte angemessene Grünflächen im Verhältnis zur Bebauung erhalten oder schaffen.

Immo-Entwicklung unter der Lupe

Der Landes-Rechnungshof prüfte in Doren, Sulzberg und in Schruns

Der Landes-Rechnungshof hat sich einem etwas sperrigen Thema angenommen, den sogenannten Projekt- und Strukturentwicklungsgenossenschaften (PSG). Was steckt hinter diesem Begriff? Bei einer Projekt- und Strukturentwicklungsgenossenschaft gründen Gemeinde, regionale Bank und ein Beratungsunternehmen gemeinsam eine Gesellschaft. Sie führt Immobiliengeschäfte außerhalb des öffentlichen Haushalts durch. Damit soll aktives Flächenmanagement im Sinne der Gemeindeentwicklungsziele betrieben werden. Über die Genossenschaften werden Immobilienankäufe, -entwicklungen und -veräußerungen getätigt.

Der Rechnungshof nahm nun drei der insgesamt elf in Vorarlberg bestehenden PSG unter die Lupe, jene in Sulzberg, Doren und Schruns, – und machte einige Mängel aus. So kritisiert der RH, dass die Gemeinden durch die Partnerschaften eine „langfristige Abhängigkeit“ eingehen würden, die durch den Umstand verstärkt werde, dass die privaten Partner (Banken und Beraterunternehmen)

miteinander verflochten seien. Der RH empfiehlt zudem, dass Entscheidungen nicht ohne Zustimmung der Gemeinden getroffen werden können. Auch beim Thema Compliance sieht der RH Verbesserungspotenzial: „Weil Vorstandsmitglieder Aufträge für die Genossenschaft vergeben und gleichzeitig für Auftragnehmer tätig sind, kann dies zu Interessenkonflikten führen.“

Auch die Doppelrolle als Bürgermeister und PSG-Obmann könne gegenläufige Interessen mit sich bringen, heißt es weiter in dem Prüfbericht. Zudem brauche es eine zusätzliche Kontrollinstanz, denn bisher kontrolliert sich der Vorstand de facto selbst. Und die Einzelzeichnungsberechtigungen für sämtliche Bankkonten des Genossenschafts sind für den RH ebenfalls nicht ideal.

Weiters solle die Gemeindevertretung besser als bisher über die Aktivitäten und Pläne der Genossenschaften informiert werden.

In einer gemeinsamen Stellungnahme widersprachen die Gemeinden den Ausführungen des RH in Teilen.



Auch in der Gemeinde Sulzberg kontrollierte der RH

Foto: EMANUEL SUTTERLUETZ